

IZA-Pressemitteilung, 23. März 2007

## **BMW-Vorschlag zur „existenzsichernden Beschäftigung“ bringt bis zu 1,4 Millionen Menschen in Beschäftigung IZA-Gutachten: Einsparungen von 25 Milliarden Euro möglich**

Eine neue Studie des IZA im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums untersucht die beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen des vom BMWi konzipierten Modells der „existenzsichernden Beschäftigung“. Dieses Konzept verbindet Kombilohnelemente mit dem vom IZA vorgeschlagenen „Workfare“-Prinzip und verlangt von arbeitsfähigen Hilfeempfängern eine obligatorische Gegenleistung in Form einer öffentlich bereitgestellten Tätigkeit oder Ausbildung im Umfang von 39 Wochenstunden.

Beide Maßnahmen zusammen ergeben eine rechnerische Ausweitung des Arbeitsangebots um rund 1,4 Millionen Personen. Würde sich diese Angebotsausweitung vollständig in Beschäftigung umsetzen, könnten die öffentlichen Haushalte um rund 25 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Bereits kurzfristig resultiert das BMWi-Modell in einer Entlastung der öffentlichen Kassen um bis zu 2,7 Mrd. Euro pro Jahr. Es ist damit weit wirksamer als andere aktuell diskutierte Konzepte zur Belebung des Niedriglohnssektors in Deutschland.

Der Grund dafür liegt im hier erstmals von der Politik konsequent aufgegriffenen Prinzip einer Pflicht zur Gegenleistung in Form von Arbeit bei Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld II. Auf diese Weise werden Tätigkeiten auf dem regulären Arbeitsmarkt attraktiv, die sich für die Betroffenen bislang nicht lohnen. Wer heute als ALG-II-Bezieher einen Vollzeit-Job annimmt, durch den das verfügbare monatliche Einkommen um beispielsweise 100 Euro steigt, würde tatsächlich nur für einen effektiven Stundenlohn von weniger als einem Euro tätig. Das BMWi-Modell sorgt an dieser Stelle für eine grundlegende Verhaltensänderung: Die Annahme einer regulären Beschäftigung, bei der jemand mehr verdienen kann als in der Grundsicherung, wird deshalb lohnend, weil es praktisch keines zusätzlichen Aufwandes zur Erzielung des Einkommenszuwachses bedarf. Damit wird ein grundlegendes Problem des Sozialstaates nachhaltig überwunden, ohne dass noch ein Kombilohn erforderlich wäre.

„Das Modell des Bundeswirtschaftsministeriums zeichnet einen mutigen Schritt vor, den die Politik jetzt gehen sollte, um den Niedriglohnsektor zu fördern. Obwohl es ohne Einschnitte in die Grundsicherung auskommt, bewirkt das Konzept Arbeitsmarktwirkungen und Einspareffekte, die weit über denen anderer Modellvorschläge liegen. Der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung ist ein faires soziales Prinzip, das unseren Sozialstaat stabilisieren wird“, so IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann.

*Das Gutachten:*

[Holger Bonin/Hilmar Schneider, Untersuchung der beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen eines Konzepts für existenzsichernde Beschäftigung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Bonn 2007.](#)

Head of Public Relations: Holger Hinte  
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Holger Hinte